

19. ordentliche Mitgliederversammlung vom 15. Mai 2004

Sperrfrist: Samstag, 15. Mai 2004, 1200 Uhr

Rede ist ab Samstag, 15. Mai 2004, 1200 Uhr, abrufbar auf:

<http://www.auns.ch>

Verstärkung statt Abbau der Grenzkontrollen

von Nationalrat Yvan Perrin, La Côte-aux-Fées NE, anlässlich der
19. ordentlichen Mitgliederversammlung der
Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)

Seit mehreren Jahren steigt in unserem Land die Kriminalität unaufhörlich. Diese Verschlechterung der öffentlichen Sicherheit müsste eigentlich Maßnahmen zeitigen, welche darauf abzielen, die Fähigkeit der Kriminellen, Schaden zu stiften, möglichst klein zu halten. Solche Massnahmen wären insbesondere abschreckende Gefängnisstrafen, und weniger Strafen auf Bewährung. Sorge bereitet auch der stetig ansteigende Anteil von Ausländern bei schweren Delikten und bei der Drogenkriminalität.

Leider hat aber unsere «Classe politique» das Vertrauen in sich selbst verloren und wendet sich jetzt ans Ausland, um die Probleme, mit welchen wir heute konfrontiert sind und welche zur Hauptsache durch unsere Trägheit verursacht werden, zu lösen. Schengen scheint nun die letztmögliche Lösung für die zunehmende Kriminalität zu sein.

Das Abkommen von Schengen beinhaltet gewiss interessante Aspekte, besonders was das Schengener Informationssystem (SIS) betrifft, welches für die Arbeit der Polizei einen unerlässlichen Datenaustausch ermöglicht. Die heutige Lage unseres Landes stellt uns jedoch vor ein großes Problem, denn ein Austausch bedeutet ja geben und nehmen. Aber welche Informationen könnten wir denn austauschen ?

Seit der "Fichenaffäre" ist unser Land blind. Die Blauäugigkeit der Linken hat uns dazu verleitet, unser Sicherheitssystem zu zerstören, obwohl alle demokratischen Staaten über solche Einrichtungen verfügen. Es ist typisch, dass die größten Verfechter von Schengen auch gleichzeitig zu jenen Leuten gehören, welche erbittert gegen jedes effiziente Staatsschutzsystem ankämpfen. Wenn wir heute Schengen beitreten würden, befänden wir uns in einer heiklen Lage, da wir die uns zugedachte Rolle nicht wahrnehmen könnten, mangels der nötigen rechtlichen und gesetzlichen Grundlagen in unserem Land, um z.B. den Terrorismus wirksam bekämpfen zu können. Es muss auch festgestellt werden, dass der Beitritt zu einer solchen Organisation uns nicht vor terroristischen Anschlägen beschützen könnte. Seit der letzten Attentatswelle mussten mehrere Länder im Schengenraum zur Erhaltung der inneren Sicherheit zusätzliche Polizeikräfte mobilisieren, um die durch Schengen verursachten Lücken in der Grenzkontrolle zu kompensieren.

Was die Kriminalität betrifft, haben wir natürlich nicht auf die "ausgeklügelte" Verhandlungsarbeit unserer Diplomaten gewartet, um wirksame Maßnahmen zu treffen. Die Schweiz verfügt bereits heute über Informationsaustauschzentren, welche es erlauben, die Polizei der EU-Zone zu informieren und Zugang zu den Schengener Informationen zu haben. Dieses auf operationeller Ebene geregelte System führt zu sehr guten Resultaten und zwar ohne einen Beitritt zur EU durch die Hintertür. Es wäre wirklich abwegig, ein System, welches beste Resultate ergibt, in Frage zu stellen und uns in Experimente zu stürzen.

Ein Beitritt zu Schengen würde auch ein Verzicht auf die Kontrolle an unserer Landesgrenze bedeuten. Die Grenzkontrollen würden an die Außengrenzen der EU verlagert, welche gemäß einer Aussage von General de Gaulle vom Atlantik bis zum Ural verläuft. Es steht mir sicher nicht zu, die Arbeit der Grenzwächter, welche an der russischen Grenze patrouillieren, zu beurteilen. Aber wir wissen sehr wohl, wie löchrig und durchlässig diese EU-Grenzen sind. Man denke nur an die große Zahl Asylsuchender und Illegaler, die in unser Land eindringen, nachdem sie an der italienischen Küste "gelandet" sind ...

Dieses Argument versuchen Schengen-Befürworter mit dem Abkommen von Dublin zu entkräften. Das Abkommen von Dublin sieht vor, dass ein Asylsuchender, dessen Asylgesuch in einem Mitgliedsstaat der EU abgelehnt worden ist, nicht ein zweites

Asylgesuch in einem anderen Mitgliedsstaat der EU stellen darf. Und der Asylsuchende muss vom Erstland wieder zurückgenommen werden. Theoretisch scheint dies eine ideale Lösung zu sein. Da unser Land keine maritimen Grenzen hat, können nur Asylsuchende auf dem Luftweg in unser Land einreisen, d.h. ohne ein als sicher geltendes Drittland durchquert zu haben. Unter diesen Umständen müssten wir nur noch die Fälle von den auf dem Luftweg zu uns gelangten Asylgesuche behandeln.

Aber in Wirklichkeit wäre dies alles viel komplizierter. Es ist ein Irrtum zu glauben, dass alle, welche von unserer Gastfreundschaft profitieren wollen, dumm sind ... Das Abkommen, welches Frau Ruth Metzler mit Nigeria getroffen hatte, ist in diesem Zusammenhang beispielhaft. Im Jahre 2002 kamen 1'062 Asylsuchende aus diesem Land in die Schweiz. Im Jahr 2003 waren es nur noch 480. Glauben Sie aber ja nicht, der Zustrom habe abgenommen. Die neu Angekommenen behaupten jetzt einfach, sie kämen aus Sierra-Leone oder aus Guinea, um nach dem Asylverfahren nicht nach Afrika ausgeschafft zu werden. Genau das Gleiche würde auch mit Dublin geschehen. Ist es nicht klar, dass ein Asylsuchender, welcher auf dem Landweg in die Schweiz kommt, ein sicheres Drittland durchquert? Aber welches ?

Es ist auch klar, dass sich der Asylsuchende davor hüten wird, im Transitland anzuhalten mit dem Risiko, wieder dorthin zurückkehren zu müssen. Er wird sich auf dem schnellsten Wege in die Schweiz begeben, um dort, auf Schweizerboden, sein Asylgesuch zu stellen.

Es wäre dann an der Schweiz zu beweisen, dass der Asylsuchende Italien oder Österreich durchquert hat, um zu uns zu gelangen. Aber wie wollen wir dies anstellen, wenn wir genau wissen, dass die betreffende Person die Anreiseroute wohlweislich verschweigt? Dublin bringt uns also keine Lösung. Wir müssen unsere Zukunft selbst an die Hand nehmen. Nur eine wirksame Überwachung unserer Grenzen erlaubt es, jene, die von uns profitieren wollen, abzuweisen. Nur eine wirksame Überwachung sorgt dafür, dass wir echte Flüchtlinge aufnehmen! Sobald ein Asylsuchender an unserer Grenze aufgegriffen wird, ist es heute kein Problem, ihn den Behörden des als sicher geltenden Drittstaates zu übergeben, was bei Schengen durch Wegfall der Personenkontrollen an der Grenze nicht mehr möglich wäre.

Ein anderes Problem würde sich zudem stellen: Wie würden wir der Kriminalität aus der EU begegnen? Die grossen sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede, welche heute in der EU und besonders in den zehn neuen Mitgliedsstaaten herrschen, führen unvermeidlich zu einem grossen Zustrom von Kriminellen. Wie könnten wir ohne Grenzkontrollen reagieren? Dies konnte man schon bei der Abschaffung der Visumpflicht für Rumänien feststellen. In den darauf folgenden Tagen wurde unser Land von Verkäufern überschwemmt, welche wertlose Schmuckstücke als echten Schmuck verkaufen wollten, was glücklicherweise nur dem Portemonnaie der Leute, welche ihnen auf den Leim gegangen sind, abträglich war.

Bei einem Beitritt der Schweiz zu Schengen öffnen wir Kriminellen Tor und Tür, nicht aber der Polizei, welche weiterhin den nationalen Vorschriften unterstellt bliebe. Die Gewährleistung der Sicherheit von Personen und Güter ist und bleibt die erste Pflicht des Staates. Wie aber sollen wir diese Aufgabe lösen, wenn wir sie anderen anvertrauen? Hüten wir uns, den Irrtum zu begehen, unsere Sicherheit an andere Länder zu delegieren! Bleiben wir Herr unserer eigenen Grenzen und sagen wir klar und deutlich Nein zu Schengen !

